



Martin Büchel muss verletzt passen

Wegen einer Fersenprellung kann Unterföhring-Spieler Martin Büchel gegen Albanien nicht ran. 11

Orte klanglich inszeniert

Denise Kronabitter präsentierte überraschende Klanglandschaften ihrer neuen CD «Soundscapes». 9



Länderspiel

Liechtenstein-Albanien: Grossandrang erwartet 2

Carsharing

Planken hat ein eigenes Elektrofahrzeug 2

Freizeitspass

Wiedergeburt des E-Bikes 3

Austausch

Gesundheitsminister Pedrazzini in Bratislava 3



Olma 2016

«Schaaner Wöschwyber» und «Freunde alter Landmaschinen» 5

Sapperlot

Das Referendum gegen ein neues Adoptionsrecht in der Schweiz ist wohl gescheitert. Damit dürfen bei unseren Nachbarn Homosexuelle die Kinder ihres Partners oder ihrer Partnerin in Zukunft adoptieren. Der Aufschrei ist gross. Und in Liechtenstein? Nachdem wir uns erst vor fünf Jahren dazu durchringen konnten, dass sich homosexuelle Paare eintragen lassen dürfen, ist Adoption heute in der öffentlichen Diskussion kein Thema mehr. Dabei wäre es Zeit für den nächsten Schritt: Homosexuelle Paare sollen Kinder adoptieren dürfen – genauso wie heterosexuelle. Das nennt sich Gleichberechtigung. Was wir jetzt brauchen, ist Mut. Diesen Mut braucht die Politik, dieses Thema aufzugreifen. Diesen Mut brauchen Betroffene, die sich der teilweise entwürdigenden Debatte stellen. Und diesen Mut brauchen wir Liechtensteiner – unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung –, die wir uns zu einer freien und liberalen Gesellschaft bekennen. Aber: Haben wir diesen Mut? *Stephan Agnolazza*

Samstag, 15. Oktober 2016

Liechtenstein an der Olma erleben

OLMA-Vaterland-Bus

Ticket Tagespackage Nachtpackage

www.vaterland.li/olma

Codewort: Vaterland_OLMA16

Erdgas: Preis sinkt um zehn Prozent

Reduktion Ab diesem Monat fahren Erdgaskunden der Liechtensteinischen Gasversorgung billiger. Gründe sind die tiefen Börsenpreise und der neue Gasliefervertrag.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Über 4500 Kunden beziehen bei der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) Erdgas. Und die dürfen sich freuen. Rückwirkend auf den 1. Oktober hat das Staatsunternehmen seine Preise gesenkt, wie es gestern in einer Presseaussendung mitteilte.

Die Haushaltskunden, die mit 47 Prozent fast die Hälfte der LGV-Kunden ausmachen, zahlen demnach – bei zumindest bis zur nächsten Kalkulation 2017 unveränderten Netzbenutzungspreisen – neu rund zehn Prozent weniger als bisher. Pro Kilowattstun-

de beläuft sich die Ersparnis auf 0,4 Rappen. «Auf das Jahr gerechnet sind das rund 100 Franken», so LGV-Geschäftsleiter Dietmar Sartor. Abnehmer aus Industrie (30 Prozent der LGV-Kunden) und Gewerbe (23 Prozent) sparen aufgrund der ungleich grösseren Bezugsmengen sogar noch etwas mehr.

Dass der Erdgasbezug günstiger wird, hat gemäss Sartor zwei Ursachen. Einerseits, erklärt er, seien die Preise, für welche Erdgas an der Börse gehandelt werde, kontinuierlich tief. Andererseits kaufe man durch einen auf Anfang Oktober abgeschlossenen neuen Gasliefervertrag nun noch

billigere in. «Als öffentlich-rechtliche Anstalt müssen wir mit unserem Reingewinn die Investitionen in der Zukunft tätigen können. Die restlichen Überschüsse geben wir den Kunden weiter.»

Neuer Gaslieferant nach 30 Jahren

Nach 30 Jahren, in denen die LGV das Erdgas bei der Liefergemeinschaft E.ON Ruhrgas AG und Gasversorgung Süddeutschland einkaufte, bezieht das Unternehmen den Energierohstoff mindestens für die nächsten drei Jahre von der Vorarlberger Kraftwerke AG (VKW). Im Zuge der Neuausschreibung habe sich jenes Ange-

bot als «bestes Gesamtpaket» herauskristallisiert, so Sartor. Neben Preis und Lieferkonditionen war auch das ähnlich beschaffene Kundenportfolio der beiden Unternehmen ein wichtiges Wahlargument. Diese Analogie, glaubt der LGV-Geschäftsleiter, ermögliche es seinem Unternehmen, in Zukunft noch einiges von der grösseren VKW AG zu lernen.

Keine Kostenreduktion ist vorerst im teureren Biogas-Segment der LGV zu erwarten. Tiefere Preise sind nur über den Verkauf grösserer Mengen zu realisieren. Doch es sei nach wie vor «nur eine Minderheit, die grüntenkt», so Sartor.

Kritik an EU-Deal mit Afghanistan

Brüssel/Kabul Überschattet von einem schweren Taliban-Angriff auf die nordafghanische Stadt Kundus hat in Brüssel eine grosse internationale Geberkonferenz für das Land begonnen. Die EU sagte zum Auftakt der Konferenz 200 Millionen Euro zu, die direkt in den afghanischen Haushalt fliessen. Um erste Voraussetzungen zu erfüllen, hatte die afghanische Regierung bereits im Vorfeld der Konferenz eine neue Abschiebevereinbarung mit den EU-Staaten akzeptiert. In dieser sagt sie die unkomplizierte Wiederaufnahme von in der EU nicht asylberechtigten Afghanen zu. «Abschiebungen nach Afghanistan sind verantwortungslos», kritisierte die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl gestern den in vertraulichen Gesprächen ausgehandelten Deal. (sda) 18

Teure Telefonauskünfte

Auskunftsdienste Die Nummer 111 gibt es nicht mehr. An ihre Stelle sind Auskunftsdienste wie 1811 von der Swisscom oder 1818 getreten. Diese beiden teilen sich den Markt praktisch untereinander auf. Neu hinzugekommen ist 2015 die 1820, die ihre Dienste deutlich günstiger anbietet als die beiden Marktbeherrscher. Allerdings liegt der Preis für einen zweiminütigen Anruf auch hier weit über den Preisen bei der Einführung der Liberalisierung der Auskunftsdienste. 2007 musste man für einen zweiminütigen Anruf bei der Auskunft noch zwei Franken berappen. Heute liegen die Preise dafür zwischen knapp vier und fast sechs Franken. Gleichzeitig werden die Dienste weniger genutzt. Von 2000 bis 2014 sank die Zahl der Anrufe von 63 auf 12,5 Millionen. (red) 17

Flüchtlingsquote verbieten

Budapest Zwei Tage nach dem gescheiterten Referendum über die EU-Flüchtlingsquoten hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban eine Verfassungsänderung angekündigt. «Die kollektive Ansiedelung (von Ausländern) wird verboten sein», erklärte Orban. Aufenthaltstitel könnten nur «auf der Grundlage individueller Gesuche» erworben werden, ergänzte der rechtsnationale Politiker gestern. Das Referendum am vergangenen Sonntag war ungültig, weil weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten eine gültige Stimme abgegeben hatten. (sda)

Grossbaustelle bei der Sportanlage Leitawis



Bauarbeiten Die Sanierung und Erweiterung der Sportanlage Leitawis in Triesenberg ist in vollem Gange. Im Januar dieses Jahres hat sich der Gemeinderat für das 5,4-Millionen-Projekt ausgesprochen. Im nächsten Sommer soll der Sportplatz fertiggestellt werden und im Frühling 2018 der Tennisplatz.

Bild: Daniel Schwendener